**Betreff**
Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung)

**Beschlussorgan**
RAT

<table>
<thead>
<tr>
<th>Beratungsfolge</th>
<th>Abstimmungsergebnis</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ausschuss</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Umweltschutz und Grün</td>
<td>Datum: 31.10.02, zugestimmt, Abgelehnt, BV 1-9</td>
</tr>
<tr>
<td>Bezirksvertretungen 1-9</td>
<td>Datum: 5.11.02, zugestimmt, BV 1-9</td>
</tr>
<tr>
<td>Umweltschutz und Grün</td>
<td>Datum: 23.01.03, Ergebnis mündlich</td>
</tr>
<tr>
<td>Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen</td>
<td>Datum: 29.01.03, Ergebnis mündlich</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative**
Der Rat beschließt die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung) in der anliegenden Fassung.

*Alternative*

*weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr. 1,2,3*
Problemlösung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen


Bereiche, für die das Nutzungsrecht anderweitig geregelt ist, sind gem. § 1 aus dem Geltungsbereich der Grünflächenordnung ausgenommen, um widersprüchliche Doppelregelungen zu vermeiden. Dies gilt für Kleingartenanlagen (Kleingartenordnung), Sportanlagen und Freibäder (Sportstättensatzung), Campingplätze (Benutzungsordnungen für Zeitplätze), Friedhöfe (Friedhofssatzung), Straßenbegleitgrün (Köner Straßenordnung) und Wälder (Forstgesetz NRW). Für Spielplätze in Grünflächen gilt die Grünflächenordnung ergänzend neben der Spielplatzordnung.


weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr. 1, 2, 3

Der Inhalt des Beschlussvorschlages stimmt mit den Aussagen

- des Gesamtkonzeptes Stadtentwicklungsplanung: überein
- des Flächennutzungsplanes: überein

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Zuschußfähige Maßnahme</th>
<th>Kosten der Maßnahme</th>
<th>Höhe des Zuschusses</th>
<th>Jährliche Folgekosten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>§ 10, § 11 § 12 § 13</td>
<td>je, Kosten der Maßnahme</td>
<td>25000,00 €</td>
<td>a) Personalkosten</td>
</tr>
<tr>
<td>%</td>
<td>je</td>
<td>DM</td>
<td>DM</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Jährliche Folgekennahmen (Art, DM) | Einsparungen (DM)

<table>
<thead>
<tr>
<th>zur Mitteilung</th>
<th>zur Sitzung: Vorberatung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Persönliche</td>
<td>Persönliche</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Verteiler
Verhältnis der Grünflächenordnung zu den Regelungen des Landschaftsplans:

Die Grünflächenordnung konkretisiert in ihrem Geltungsbereich die in den jeweiligen Schutzgebieten des Landschaftsplans (Landschaftsschutzgebiet und geschützter Landschaftsbestandteil) festgesetzten Unberührtheitsregelungen für die Erholungsnutzung bzw. den dort festgesetzten Schutzzweck „Besondere Bedeutung für die Erholung“.


Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung)

Aufgrund der §§ 27 Abs.1, Abs.4 Satz1, 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NW S.528 / SGV NW 2060) und § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S.602) – jeweils in der bei Erlass dieser Verordnung geltenden Fassung - wird von der Stadt Köln als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Köln vom .................. für das Gebiet der Stadt Köln folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

1. Diese ordnungsbehördliche Verordnung gilt für alle öffentlichen Grünflächen im Besitz der Stadt Köln.
2. Öffentliche Grünflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle gärtnerisch gestalteten Anlagen, sowie die dann enthaltenen Wiesen, waldähnlichen Flächen oder sonstigen Freiflächen, die der aktiven oder stillen Erholung dienen und der Bevölkerung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt sind.
3. Zu den öffentlichen Grünflächen gehören darin liegende Wege und Plätze, nicht straßenrechtlich gewidmete Parkplätze und oberirdische Gewässer zweiter Ordnung sowie Vogelschauen und Wildparks, der Botanische und der Forstbotanische Garten, die am Rheinufer gelegenen Park- und Spielflächen in Rodenkirchen, die Zündorfer Groov, der Rheinpark und die Deutzer / Poller Wiesen von der Severinsbrücke bis zur Rodenkircheren Brücke.
5. Für in öffentlichen Grünflächen gelegene Spiel- und Bolzplätze gelten die Vorschriften der Spielplatzsatzung der Stadt Köln sowie ergänzend die Vorschriften dieser Verordnung.
6. Jede öffentliche Grünfläche wird in das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen mit Bestimmung der Lage, Grenzen und besonderen Benutzungsarten gem. § 5
eingetragen. Erweiterungen und Teileinziehungen werden im Verzeichnis kenntlich gemacht.


§ 2
Widmung und Einziehung

1. Eine Fläche im Sinne des § 1 Abs. 2 erhält die Eigenschaft und Zweckbestimmung als öffentliche Grünfläche durch Widmung. Die Widmung erfolgt nach der baulichen Fertigstellung und Übergabe an die Öffentlichkeit durch Aufnahme in das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen.


§ 3
Status, Verkehrssicherungspflicht

1. Die öffentlichen Grünflächen sind eine nichtrechtsfähige öffentliche Einrichtung der Stadt Köln.


3. Die Stadt Köln haftet nicht für Schäden, die durch nicht ordnungsgemäß Nutzung der Grünflächen, durch dritte Personen, Tiere, höhere Gewalt oder übermäßige Witterungseinflüsse (z.B. Sturm, starke Regenfälle, Blitzschlag, Hochwasser, Glatteis, extreme Hitze) entstehen. Es besteht keine Verpflichtung der Stadt Köln zur Beleuchtung und zum Winterdienst auf Wegen und Plätzen in Grünflächen.

§ 4
Nutzung der Anlagen

1. Öffentliche Grünflächen dürfen nur so genutzt werden, wie es sich aus der Natur der einzelnen Anlage und ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die Benutzung muss schonend erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, beschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbenutzer nicht gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt werden.

2. Untersagt ist auf öffentlichen Grünflächen:
- Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, oder Erzeugen überlauter Geräusche
- die Benutzung von Schleuder-, Wurf-, oder Schießgeräten sowie der Betrieb von Modellflugzeugen mit Ausnahme von ungefährlichem Kinderspielzeug;
- das Entzünden oder Unterhalten von offenes Feuer;
- das Zelten und Nächtigen;
- übermäßiger Alkoholkonsum sowie jeglicher Drogenkonsum;
- aggressives Betteln, z.B. mittels Anfassen, Festhalten, Versperren des Weges, aufdringlichen Ansprechens, Errichten von Hindernissen, bedrängender Verfolgung, Einsetzen von Hunden, des bedrängenden Zusammenwirkens mehrerer Personen;
- das Fahren oder Abstellen von Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeuganhängern;
- das Reiten außerhalb der ausgewiesenen Reitwege.


§ 5
Besondere Nutzungsarten

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen kann für einzelne Grünflächen oder Anlagenteile Beschränkungen auf bestimmte Nutzungsarten, Nutzergruppen und Öffnungszeiten festlegen und die Benutzung durch Gebote und Verbote regeln.
3. Die öffentlichen Grünflächen, die besonderen Nutzungsarten und die speziellen Ge- und Verbote hieraus sind durch Schilder einheitlich zu kennzeichnen.

§ 6
Genehmigung von weitergehenden Nutzungen und Veranstaltungen

3. Die Folgenbeseitigung gilt als gesichert, wenn der Antragssteller bei der Genehmigungsbehörde vor Erteilung der Genehmigung Sicherheit durch Hinterlegung eines Geldbetrages in Höhe der zu erwartenden Kosten leistet oder eine entsprechende Bankbürgschaft beibringt.
4. Zuständige Behörde für die Erteilung von Genehmigungen ist das örtlich zuständige Bürgeramt, für die Erteilung von Drehgenehmigung für Film- und Fernsehproduktionen das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen. Für nicht nur temporäre Nutzungen, die dauerhafte Eingriffe im Sinne der §§ 4-6 Landschaftsgesetz NRW oder dauerhafte Verstöße gegen naturschutzrechtliche gesetzliche Verbote beinhalten, erfolgt die abschließende Entscheidung über die
Zulassigkeit durch den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Untere Landschaftsbehörde.

§ 7 Hunde

1. Hunde sind in öffentlichen Grünflächen so zu führen, dass andere Nutzer nicht gefährdet oder mehr als den Umständen nach unvermeidbar beeinträchtigt und die Anlagen nicht beschädigt werden. Zur Anleinplicht für Hunde in Grünflächen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes NRW.


§ 8 Spiele


§ 9 Grillen

1. Grillen ist auf öffentlichen Grünflächen im Rahmen der Bestimmungen des Landes-Immissionsschutzgesetzes NRW erlaubt, soweit für andere Personen
oder die Umgebung Brandgefahren oder erhebliche Belästigungen durch Rauch, Geruch oder Flugasche nicht zu befürchten sind.


§ 10
Baden, Betreten von Eisflächen


2. Das Betreten von zugefrorenen Gewässern erfolgt ausschließlich auf eigene Gefahr.

§ 11
Abfälle, Verunreinigungen und Verunstaltungen


2. Die im Rahmen der Grünflächennutzung anfallenden Abfälle sind in den aufgestellten Abfallbehältern, anfallende Wertstoffe sind in den aufgestellten Wertstoffcontainern zu entsorgen.


4. Es ist nicht gestattet, Grünflächen und ihre baulichen Anlagen unbefugt zu beschreiben, zu bekleben, zu besprühen, zu beschmieren sowie zu bemalen.

§ 12
Ordnungswidrigkeiten und Strafvorschriften

1. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung 1. entgegen § 4 Abs.1 Anpflanzungen oder Ausstattung beschmutzt oder beschädigt oder Anlagenbenutzer gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt
2. entgegen § 4 Abs.2 HS.1 Lärm verursacht,
3. entgegen § 4 Abs.2 HS.2 Schleuder- Wurf- oder Schießgeräte benutzt
4. entgegen § 4 Abs.2 HS.3 offenes Feuer anzündet oder unterhält
5. entgegen § 4 Abs.2 HS.4 auf Grünflächen campiert oder nächtigt
6. entgegen § 4 Abs.2 HS.5 übermäßig Alkohol oder Drogen zu sich nimmt
7. entgegen § 4 Abs.2 HS.6 aggressiv beteilt
8. entgegen § 4 Abs.2 HS.7 Grünflächen mit Kraftfahrzeugen oder
Kraftfahrzeuganhängern befährt oder diese abstellt
9. entgegen § 4 Abs.2 HS.8 außerhalb der ausgewiesenen Reitwege reitet
10. entgegen § 7 Abs. 1 durch einen seiner Aufsicht unterstehenden Hund andere
Nutzer gefährdet oder die Anlagen beschädigt oder einen Hund auf den in § 7
Abs.2 aufgeführten Flächen mitführt oder entgegen § 7 Abs.3 einen gefährlichen
Hund oder Hund bestimmter Rassen ohne vorgeschriebene Leine auf
Freilaufflächen ausführt oder entgegen §7 Abs.4 eine Verunreinigung nicht
unverzüglich beseitigt
11. entgegen den Verboten des § 8 Abs.1 und 2 spielt
12. entgegen § 8 Abs.4 beim Befahren von Grünflächen auf andere Nutzer nicht
Rücksicht nimmt oder Wiesen oder Gartenanlagen befährt
13. entgegen den Verboten des § 9 Abs. 1 und 2 grillt oder die in § 9 Abs. 4 und 5
genannten Pflichten nicht erfüllt.
14. entgegen § 10 Abs. 1 außerhalb der ausgewiesenen Badestellen badet
15. entgegen § 11 Abs. tertielle Grünflächen verunreinigt, entgegen § 11
Abs.2 Abfälle vorschriftswidrig ablagert, entgegen § 11 Abs.3 Abfallbehälter
zweckwidrig benutzt oder entgegen §11 Abs.4 Anlagen verunstaltet.
2. Verstöße i.S.d. Abs.1 können von der örtlichen Ordnungsbehörde nach den
Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) bis zu 1000.-€
geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen
oder Geldbußen bedroht sind.
3. Vorsätzliche rechtswidrige Beschädigungen oder Zerstörungen von Anlagen und
Einrichtungen der Grünflächen sind als gemeinschädliche Sachbeschädigung
nach § 304 des Strafgesetzbuches (StGB) strafbar.

§ 13
Übergangsbestimmungen

1. Bestehende öffentliche Grünflächen gelten als gewidmet im Sinne des § 2, wenn
sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in den
Bestandsunterlagen als öffentliche Grünfläche geführt sind. Sie sind umgehend in
das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen einzutragen.
2. Die vorhandenen Schilder der bestehenden Grünanlagen gelten bis zu ihrer
Erneuerung als Kennzeichen im Sinne des § 5 Abs. 3.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt
Köln in Kraft.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Grünflächenordnung alt</th>
<th>Grünflächenordnung novelliert</th>
<th>Kommentar</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Ordnungsbehördliche Verordnung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung) vom 23. Juli 1979</strong></td>
<td><strong>Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung) vom ...............</strong></td>
<td><strong>Erläuterungen zur Neufassung</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>


Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1, 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden — Ordnungsbehördengesetz (OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NW S. 528/SGV NW 2060) und § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S.602) – jeweils in der bei Erlass dieser Verordnung geltenden Fassung – wird von der Stadt Köln als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Köln vom ............... für das Gebiet der Stadt Köln folgende Verordnung erlassen:


---

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 1</th>
<th>§ 1</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich</strong></td>
<td><strong>Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>2. Öffentliche Grünflächen sind alle der Erholung dienenden und der Bevölkerung</td>
<td>2. Öffentliche Grünflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle gärtnerisch gestalteten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Der Anwendungsbereich der Neufassung der Grünflächenordnung wird genauer definiert:

Allgemeine Definition der öffentlichen Grünflächen

3. Zu den Wegen im Sinne von Absatz 1 gehören auch Parkplätze die in oder an öffentlichen Grünflächen liegen, soweit sie nicht straßenrechtlich gewidmet sind.

| 1. Anlagen, sowie die darin enthaltenen Wiesen, waldähnlichen Flächen oder sonstigen Freiflächen, die der aktiven oder stillen Erholung dienen und der Bevölkerung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt sind. |
| 2. Aufzählung einzelner Flächen zur Ausräumung von Anwendungszweifeln |


Für die hier genannten allgemeinen Ausschlüsse gilt die Grünflächennutzungsordnung nicht, da für die aufgezählten Flächen spezielles Gesetzes-, Satzungs- oder Verordnungsrecht besteht: Friedhofssatzung, Sportstättenordnung, Benutzungsordnungen für Zeltplätze, Kleingartenordnung, Kölner Straßenordnung, Landesforstgesetze NRW. Die aufgezählten speziellen Ausschlüsse dienen der Koordinierung von Grünflächennutzung und Landschaftsplan gem. der allgemeinen
geschützten Rheinuferbereiche und Überschwemmungsgebiete mit Ausnahme der unter Abs. 3 genannten Flächen.

5. Für in öffentlichen Grünflächen gelegene Spiel- und Bolzplätze gelten die Vorschriften der Spielplatzsatzung der Stadt Köln sowie ergänzend die Vorschriften dieser Verordnung.


Begründung zum Verhältnis der Grünflächenordnung zu den Regelungen des Landschaftsplans.

Da Spiel- und Bolzplätze überwiegend an oder in Grünflächen liegen und hierzu nicht trennscharf abgegrenzt werden können, gelten primär Spielplatzsatzung und ergänzend Grünflächenordnung.

In Zweifelsfällen gilt für die Feststellung der Eigenschaft einer Fläche als öffentliche Grünfläche die Eintragung im Verzeichnis der öffl. Grünflächen.

Das derzeit bei dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen bestehende Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen wird weitergeführt und ausgebaut.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 2</th>
<th>§ 2</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Widmung und Einziehung</td>
<td>Widmung und Einziehung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Jeder Benutzer der in § 1 genannten Flächen hat sich so zu verhalten, dass Personen und Sachen weder gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden.

1. Eine Fläche im Sinne des § 1 Abs. 2 erhält die Eigenschaft und Zweckbestimmung als öffentliche Grünfläche durch Widmung. Die Widmung erfolgt nach der baulichen Fertigstellung und Übergabe an die Öffentlichkeit durch Aufnahme in das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen.

Die Widmung neuer Grünflächen erfolgt nach deren baulicher Fertigstellung durch Übergabe an die Öffentlichkeit und Aufnahme in das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen.

Die Entwidmung erfolgt durch Löschung im Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 3</th>
<th>§ 3 Status, Verkehrssicherungspflicht</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>3. Die Stadt Köln haftet nicht für Schäden, die durch nicht ordnungsgemässe Nutzung der Grünflächen, durch dritte Personen, Tiere, höhere Gewalt oder übermäßige Witterungseinflüsse (z. B. Sturm, starke Regenfälle, Blitzschlag, Hochwasser, Glatteis, extreme Hitze) entstehen. Es besteht keine Verpflichtung der Stadt Köln zur Beleuchtung und zum Winterdienst auf Wegen und Plätzen in Grünflächen.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>1. Die Grünflächen sind öffentlich-rechtliche kommunale Einrichtungen im Sinne von § 8 Gemeindeordnung NRW.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Folglich gilt das Regime des öffentlichen Rechts.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
| § 4 | § 4
Nutzung der Anlagen |
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Die Benutzung der auf den Spielplätzen aufgestellten Turn- und Spielgeräte ist nur Kindern und Jugendlichen bis zu 15 Jahren gestattet.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. Öffentliche Grünflächen dürfen nur so gehetzt werden, wie es sich aus der Natur der einzelnen Anlagen und ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die Benutzung muss schonen erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, beschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbenutzer nicht gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt werden.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Allgemeine Verbote auf öffentlichen Grünflächen, die gem. § 12 Abs. 1 Ziff. 1-9 bußgeldbewährt sind.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Einsetzen von Hunden, des bedrängenden Zusammenwirkens mehrerer Personen;  
- das Fahren oder Abstellen von Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeuganhängern;  
- das Reiten außerhalb der ausgewiesenen Reitwege.


<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 5</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Besondere Nutzungsarten</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<p>| | |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Grillen ist nur auf den als solchen eingerichteten Grillplätzen erlaubt. Es bedarf einer ausdrücklichen Erlaubnis der Stadt. Ein Grillfeuer darf nur dann angezündet und unterhalten werden, wenn hierdurch für andere Personen oder die Umgebung Brandgefahr oder erhebliche Belästigungen durch Rauch, Geruch oder Flugasche nicht zu befürchten sind. Für das Feuer dürfen nur die zum Grillen handelstüblichen Stoffe verwendet werden. Es ist nicht gestattet, zum Entzünden der Feuer Benzin, Petroleum oder ähnliche.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen kann für einzelne Grünflächen oder Anlagenteile Beschränkungen auf bestimmte Nutzungsarten, Nutzergruppen und Öffnungszeiten festlegen und die Benutzung durch Gebote und Verbote regeln.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ermächtigung für die Verwaltung, die Benutzung öffentlicher Grünflächen durch Ge-und Verbote sowie Ausschluss und Zulassung bestimmter Nutzungen zu regeln.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hinweis auf besondere Nutzungsarten der aufgezählten speziellen Flächen.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Hinweis auf Fütterungsverbote aus speziellen städtischen Verordnungen, die nicht ausschließlich, jedoch auch in öffentlichen Grünflächen gelten.

3. Die öffentlichen Grünflächen, die besonderen Nutzungsarten und die speziellen Ge- und Verbote hieraus sind durch Schilder einheitlich zu kennzeichnen.

Verpflichtung, spezielle Nutzungsarten und Ge- und Verbote durch Schilder zu kennzeichnen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 6</th>
<th>Genehmigung von weitergehenden Nutzungen und Veranstaltungen</th>
</tr>
</thead>
</table>

Das Baden in den Gewässern der in § 1 genannten Flächen ist nur an durch Schilder als Badeplätze gekennzeichneten Stellen, das Schlittschuhlaufen nur auf den durch Schilder als Eisbahn gekennzeichneten Flächen gestattet.


2. Die Genehmigung kann im Einzelfall erteilt werden, wenn das überwiegende öffentliche Interesse dies erfordert und sichergestellt ist, dass ggf. durch die Nutzung verursachte Folgen beseitigt werden. Bei der Entscheidung ist zu berücksichtigen, ob die beabsichtigte Nutzung an einem anderen Standort eine geringere Beeinträchtigung zur Folge haben würde. Die Genehmigung kann mit Bedingungen, Auflagen

Die Genehmigung von weitergehenden Nutzungen erfolgt hiernach durch das örtlich zuständige Bürgeramt, für Dreihengenehmigungen durch das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen.
und Befristungen verbunden oder unter Widerrufsverbehalt erteilt werden. Die Abfallentsorgung obliegt dem Nutzer.


Zuständige Behörde für die Erteilung von Genehmigungen ist das örtlich zuständige Bürgeramt, für die Erteilung von Drehgenehmigungen für Film- und Fernsehproduktionen das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen. Für nicht nur temporäre Nutzungen, die dauerhafte Eingriffe im Sinne der §§ 4-6 Landschaftsgesetz NRW oder dauerhafte Verstöße gegen naturschutzrechtliche gesetzliche Verbote beinhalten, erfolgt die abschließende Entscheidung über die Zulässigkeit durch den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Untere Landschaftsbehörde.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 7 Hunde</th>
<th>§ 7 Hunde</th>
</tr>
</thead>
</table>
| 1. Verboten ist das Mitführen von Hunden  
a) auf Bolz- und Kinderspielplätzen,  
b) im Botanischen und Forstbotanischen Garten  
c) in den Vogelschauen und Wildparks | 1. Hunde sind in öffentlichen Grünflächen so zu führen, dass andere Nutzer nicht gefährdet oder mehr als den Umständen nach unvermeidbar beeinträchtigt und die Anlagen nicht beschädigt werden. Zur Anleinpflcht für Hunde in |
| Die Regelungen über Hunde in Grünflächen sind auf den Entwurf des Landeshundegesetzes NRW abgestimmt.  
Danach sind Hunde aller Arten in |
d) im Rheinpark und
e) in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober auf Flächen, die als Spiel- oder Liegewiesen besonders gekennzeichnet sind.

2. Auf Wegen der Flächen, die als Schmuckanlagen besonders gekennzeichnet sind, dürfen Hunde nur kurz angeleint mitgeführt werden.

3. Die Verunreinigung der in § 1 genannten Flächen durch Hunde ist mit Ausnahme der Flächen verboten, die dicht mit Bäumen oder Sträuchern bewachsen sind.

Grünflächen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes NRW.


§ 8

1. Spiele wie Fußball, Handball, Basketball, Hockey, Federball, Badminton, Tennis, Boule, Boccia, Frisbee, Drachensteigen u. a. sind auf Wiesen von Grünflächen insoweit erlaubt, als

Entspricht § 3 der Altfassung. Grünflächen dienen aus ihrer Zweckbestimmung der Erholung der Bevölkerung heraus grundsätzlich auch...


§ 9 Grillen

Verboten sind Golf und das Steigenlassen von Drachen in der Nähe von Stromleitungen wegen besonderer Gefährlichkeit.

Die aufgezählten Bereiche haben jeweils besondere Zweckbestimmungen und dienen nicht dem Spielen.

Das Befahren von Wegen in Grünflächen mit Fahrrädern etc. ist grundsätzlich zulässig, sofern nicht im Einzelfall durch Beschilderung verboten.

Entspricht § 4 der Altfassung. Regelung für in Grünflächen aufgestellte Spielgeräte, die nicht der Spielplatzsatzung unterfallen.


1. Grillen ist auf öffentlichen Grünflächen im Rahmen der Bestimmungen des Landes-Immissionsschutzgesetzes NRW erlaubt, soweit für andere Personen oder die Umgebung Brandgefahren oder erhebliche Belästigungen durch Rauch, Geruch oder Flugasche nicht zu befürchten sind.


5. Grillfeuer sind ständig zu beaufsichtigen. Bei

Entspricht § 5 der Altfassung.
In den vergangenen Jahren hat sich Grillen in Grünflächen zu einer allgemein üblichen und weitverbreiteten Nutzung entwickelt. Grillen wird daher in der Neufassung in näher definiertem Rahmen legalisiert.

In den aufgezählten Flächen und Bereichen, darunter die innerstädtischen Parks Rheinpark, Rheingarten und Stadtgarten bleibt Grillen wegen seiner Gefährlichkeit und seines Belästigungspotentials verboten.

Für die eingerichteten Grillplätze erfolgt Anmeldung und Vergabe durch die örtlich zuständigen Bürgerämter.

Detailregelungen zur Gefahrenvermeidung
| § 10 | § 10
| Baden, Betreten von Eisflächen |

Unbeschadet der in Bundes- oder Landesrecht getroffenen Sonderregelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser ordnungsbehördlichen Verordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld bis zu 1.000,-- DM belegt werden.


2. Das Betreten von zugefrorenen Gewässern erfolgt ausschließlich auf eigene Gefahr.

Entspricht § 6 der Altfassung. Haftungsausschlüsse in zulässigem Umfang für das Baden in Gewässern und Betreten von Eisflächen, z.B. Schlittschuhlaufen.

| § 11 | § 11
| Abfälle, Verunreinigungen und Verunstaltungen |

Diese ordnungsbehördliche Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.


2. Die im Rahmen der Grünflächenutzung anfallenden Abfälle sind in den aufgestellten Abfallbehältern, anfallende Wertstoffe sind in den aufgestellten Wertstoffcontainer zu entsorgen.

3. Jede zweckwidrige Benutzung der Abfallbehälter, entspricht § 8 der Altfassung. Das Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften der Abfallentsorgung, Verunreinigungen und Verunstaltungen sind gem. § 12 Abs. 1 Ziff. 15 bußgeldbewährt.
insbesondere das Einbringen von in Haushalten oder in Gewerbebetrieben angefallenen Abfällen ist untersagt. Ebenso dürfen die Abfallbehälter und die Wertstoffcontainer nicht durchsucht, Gegenstände daraus entnommen oder verstreut werden.

4. Es ist nicht gestattet, Grünflächen und ihre baulichen Anlagen unbefugt zu beschreiben, zu bekleben, zu besprühen, zu beschmieren sowie zu bemalen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 12</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ordnungswidrigkeiten und Strafvorschriften</td>
</tr>
<tr>
<td>1. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung</td>
</tr>
<tr>
<td>1. entgegen § 4 Abs. 1 Anpflanzungen oder Ausstattung beschmutzt oder beschädigt oder Anlagenbenutzer gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt.</td>
</tr>
<tr>
<td>2. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 1 Lärm verursacht,</td>
</tr>
<tr>
<td>3. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 2 Schleuder- Wurf- oder Schießgeräte benutzt</td>
</tr>
<tr>
<td>4. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 3 offenes Feuer anzündet oder unterhält</td>
</tr>
<tr>
<td>5. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 4 auf Grünflächen campiert oder nächtigt</td>
</tr>
<tr>
<td>6. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 5 übermäßig Alkohol oder Drogen zu sich nimmt</td>
</tr>
<tr>
<td>7. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 6 aggressiv bettel</td>
</tr>
<tr>
<td>8. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 7 Grünflächen mit</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Entspricht § 10 der Altfassung. Aufzählung der Bußgeldtatbestände. Der Bußgeldrahmen beträgt nach Ordnungswidrigkeitengesetz bis zu 1000.-€
zu 1.000,-- € geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

3. Vorsätzliche rechtswidrige Beschädigungen oder Zerstörungen von Anlagen und Einrichtungen der Grünflächen sind als gemeinschädliche Sachbeschädigung nach § 304 des Strafgesetzbuches (StGB) strafbar.

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 13</th>
<th>Übergangsvorschriften</th>
</tr>
</thead>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>§ 14</th>
<th>Inkrafttreten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.</td>
<td>Entspricht § 11 der Altfassung.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeuganhängern befährt oder diese abstellt.
9. entgegen § 4 Abs. 2 HS. 8 außerhalb der ausgewiesenen Reitwege reitet
10. entgegen § 7 Abs. 1 durch einen seiner Aufsicht unterstehenden Hund andere Nutzer gefährdet oder die Anlagen beschädigt oder einen Hund auf den in § 7 Abs. 2 aufgeführten Flächen mitführt oder entgegen § 7 Abs. 3 einen gefährlichen Hund oder Hund bestimmter Rassen ohne vorgeschriebene Leine auf Freilaufflächen ausführt oder entgegen § 7 abs. 4 eine Verunreinigung nicht unverzüglich beseitigt.
11. entgegen den Verboten des § 8 Abs. 1 und 2 spielt
12. entgegen § 8 Abs. 4 beim Befahren von Grünflächen auf andere Nutzer nicht Rücksicht nimmt oder Wiesen oder Gartenanlagen befährt.
13. entgegen den Verboten des § 9 Abs. 1 und 2 grillt oder die in § 9 Abs. 4 und 5 genannten Pflichten nicht erfüllt.
14. entgegen § 10 Abs. 1 außerhalb der ausgewiesenen Badestellen badet
15. entgegen § 11 Abs. 1 öffentliche Grünflächen verunreinigt, entgegen § 11 Abs. 2 Abfälle vorschriftswidrig ablagert, entgegen § 11 Abs. 3 Abfallbehälter zweckwidrig benutzt oder entgegen § 11 Abs. 4 Anlagen verunstaltet.

2. Verstöße i.S.d. Abs. 1 können von der örtlichen Ordnungsbehörde nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwG) bis
Änderungen der Beschlussvorlage „Grünflächenordnung“, DS.Nr. 1093/02:
(Änderungen sind unterstrichen dargestellt.)

§ 6 Abs.4 S.1:
Zuständige Behörde für die Erteilung von Genehmigungen ist das örtlich zuständige
Bezirksordnungsamt, für die Erteilung von Drehgenehmigungen für Film- und
Fernsehproduktionen das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen.

Begründung:
Im bisherigen Textentwurf war die Neuorganisation der Bezirksamter nicht
hinreichend berücksichtigt, die Zuständigkeit zur Genehmigung von
Veranstaltungen liegt bei den Bezirksordnungsamtern.

§ 7 Abs.3:
Ausgewiesene Hundefreilaufflächen dienen neben allgemeinen Erholungszwecken
dem unangeleinten Auslauf von Hunden einschließlich großer Hunde gem. § 11
Landeshundegesetz (LHG) NRW mit Ausnahme von gefährlichen Hunden gem. § 3
und Hunden bestimmter Rassen gem. § 10 LGH: Gefährliche Hunde und Hunde
bestimmter Rassen mit Befreiung gem. § 5 Abs.3 LHG oder § 6 Abs.4 LHVO sind
zum unangeleinten Auslauf auf Hundefreilaufflächen zugelassen.

Begründung:
Durch die Neuformulierung wird klargestellt, dass der Freilauf von Hunden die
vorrangige Zweckbestimmung der Hundefreilaufflächen ist, daneben sind
allgemeine Erholungszwecke vorgesehen. In diesem Zusammenhang werden
Spiele, § 8 Abs.3 und Grillen, § 9 Abs.2 in Hundefreilaufflächen als
unverträgliche Nutzungen untersagt.

Weiter wird in § 7 Abs.3 klargestellt, dass große Hunde (sog.20/40ger) auf
den Hundefreilaufflächen zugelassen sind. Durch Satz 2 werden gefährliche
Hunde und Hunde der Rasselisten nach bestandener Befreiungsprüfung zum
Freilauf zugelassen. Ausgeschlossen bleiben somit gefährliche und Hunde
bestimmter Rasse ohne Befreiungsprüfung. Die maßgeblichen Vorschriften
des Entwurfs zum Landeshundegesetz NRW sind anliegend beigefügt.

Am Runden Tisch Hund am 19.08.2002 wurde darauf hingewiesen, dass die
Befreiungen, die Hundehalter nach der bisherigen Landeshundeordnung
oder zukünftig nach dem Landeshundegesetz NRW für ihre gefährlichen
Hunde oder Hunde der Rasselisten erworben haben oder noch erwerben,
unbedingt auch für die Benutzung der Hundefreilaufflächen gelten müssten.
Es sei für Hundehalter unverständlich, die mit ihrem Hund mit viel Aufwand die
Befreiungsprüfung vor dem Amtsverwaltungsgericht abgeleist hätten, dass ihre Hunde
die in der Grünflächenordnung vorgesehenen Hundefreilaufflächen nicht
benutzen dürften. Auch auf die Unverträglichkeit bestimmter anderer
Nutzungen in Grünflächen, wie Spielen und Grillen mit dem Freilauf von
Hunden in Hundefreilaufflächen wurde hingewiesen. Es wurde insoweit
einvernehmlich eine Änderung der Beschlussvorlage gewünscht.
§ 8 Abs. 3:
Abweichend von Abs. 1 sind Spiele im Botanischen und Forstbotanischen Garten, in den Vogelschauen und Wildparks, im Rheingarten, Rheinpark und Stadttharten, sowie auf ausgewiesenen Hundefreilaufflächen, Liegewiesen und Zieranlagen untersagt.

§ 9 Abs. 2:
Abweichend von Abs. 1 ist das Grillen außerhalb der eingerichteten Grillplätze im Botanischen und Forstbotanischen Garten, im Rheinpark, Rheingarten und Stadtgarten, in den Vogelschauen und Wildparks auf ausgewiesenen Spielwiesen, Hundefreilaufflächen und Zieranlagen, auf baumbestandenen Parkflächen und im Abstand bis zu einhundert Metern zum Waldrand und zu Wohngrundstücken verboten.

Begründung:
Hundefreilaufflächen werden in den Katalog der Grillverbote und Spielverbote aufgenommen, um dort mit dem Hundefreilauf unverträgliche Nutzungen zu untersagen.

Um Belästigungen von Grünflächen-Anwohnern zu verhindern, darf im Abstand von 100 m zur Grenze von Wohngrundstücken nicht gegrillt werden.

Anlage: Auszug Entwurf Landeshundegesetz NRW
Entwurf
Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
(Landeshundegesetz NRW – LHundG NRW)
Vom 2002

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Zweck des Gesetzes
§ 2 Allgemeine Pflichten
§ 3 Gefährliche Hunde
§ 4 Erlaubnis
§ 5 Pflichten
§ 6 Sachkunde
§ 7 Zuverlässigkeit
§ 8 Anzeige- und Mitteilungspflichten
§ 9 Zucht-, Kreuzungs- und Handelsverbot, Unfruchtbarmachung
§ 10 Hunde bestimmter Rassen
§ 11 Große Hunde
§ 12 Anordnungsbefugnisse
§ 13 Zuständige Behörden
§ 14 Anerkennung von Entscheidungen und Bescheinigungen anderer Länder
§ 15 Geltung des Ordnungsbehördengesetzes und kommunaler Vorschriften
§ 16 Ordnungsbehördliche Verordnungen
§ 17 Ausnahmen vom Anwendungsbereich
§ 18 Einschränkung von Grundrechten
§ 19 Strafvorschrift
§ 20 Ordnungswidrigkeiten
§ 21 Übergangsvorschriften
§ 22 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten
§ 1
Zweck des Gesetzes

Zweck dieses Gesetzes ist es, die durch Hunde und den unsachgemäßen Umgang des Menschen mit Hunden entstehenden Gefahren abzuwehren.

§ 2
Allgemeine Pflichten

(1) Hunde sind so zu halten, zu führen und zu beaufsichtigen, dass von ihnen keine Gefahr für Leben oder Gesundheit von Menschen oder Tieren ausgeht.

(2) Hunde sind an einer zur Vermeidung von Gefahren geeigneten Leine zu führen
1. in Fußgängerzonen, Haupteinkaufsbereichen und anderen innerörtlichen Bereichen, Straßen und Plätzen mit vergleichbarem Publikumsverkehr,
2. in der Allgemeinheit zugänglichen umfriedeten oder anderweitig begrenzten Park-, Garten- und Grünanlagen einschließlich Kinderspielplätzen mit Ausnahme besonders ausgewiesener Hundeauslaufbereiche,
3. bei öffentlichen Versammlungen, Aufzügen, Volksfesten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen,
4. in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindergärten.


§ 3
Gefährliche Hunde

(1) Gefährliche Hunde im Sinne dieses Gesetzes sind Hunde, deren Gefährlichkeit nach Absatz 2 vermutet wird oder nach Absatz 3 im Einzelfall festgestellt worden ist.

(3) Im Einzelfall gefährliche Hunde sind
1. Hunde, die entgegen § 2 Abs. 3 mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität ausgebildet, gezüchtet oder gekreuzt worden sind,
2. Hunde, mit denen eine Ausbildung zum Nachteil des Menschen, zum Schutzhund oder auf Zivilschärfe begonnen oder abgeschlossen worden ist,
3. Hunde, die einen Menschen gebissen haben, sofern dies nicht zur Verteidigung anlässlich einer strafbaren Handlung geschah,
4. Hunde, die einen Menschen in Gefahr drohender Weise angesprungen haben,
5. Hunde, die einen anderen Hund durch Biss verletzt haben, ohne selbst angegriffen worden zu sein, oder die einen anderen Hund trotz dessen erkennbarer artüblicher Unterwerfungsgestik gebissen haben,

Die Feststellung der Gefährlichkeit nach Satz 1 erfolgt durch die zuständige Behörde nach Begutachtung durch den amtlichen Tierarzt.

§ 4

Erlaubnis

(1) Wer einen gefährlichen Hund hält oder halten will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn die den Antrag stellende Person
1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat,
2. die erforderliche Sachkunde (§ 6) und Zuverlässigkeit (§ 7) besitzt,
3. in der Lage ist, den Hund sicher an der Leine zu halten und zu führen (§ 5 Abs. 4 Satz 1),
4. sicherstellt, dass die der Ausbildung, dem Abrichten oder dem Halten dienenden Räumlichkeiten, Einrichtungen und Freianlagen eine ausbruchsichere und verhaltensgerechte Unterbringung ermöglichen,
5. den Abschluss einer besonderen Haftpflichtversicherung (§ 5 Abs. 5) und
6. die fälschungssichere Kennzeichnung des Hundes mit einer elektronisch lesbaren Marke (Mikrochip) nachweist.

(2) Die Erlaubnis zum Halten eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 Abs. 2 oder des § 3 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 wird nur erteilt, wenn ein besonderes privates Interesse nachgewiesen wird oder ein öffentliches Interesse an der weiteren Haltung besteht. Ein besonderes privates Interesse kann vorliegen, wenn die Haltung des gefährlichen Hundes zur Bewachung eines gefährdeten Besitztums der Halterin oder des Halters unerlässlich ist.
(3) Soweit es zur Prüfung der Voraussetzung nach Absatz 1 Nr. 4 erforderlich ist, hat die den Antrag stellende Person den Bediensteten der zuständigen Behörde oder dem amtlichen Tierarzt den Zutritt zu dem befriedeten Besitztum, in dem der gefährliche Hund gehalten wird oder gehalten werden soll, zu ermöglichen und die erforderlichen Feststellungen zu dulden.


(5) Die Erlaubnis gilt im gesamten Landesgebiet. Im Falle des Wechsels des Haltungsortes ist die für den neuen Haltungsort zuständige Behörde zur Rücknahme oder zum Widerruf der Erlaubnis und zu Maßnahmen nach Absatz 4 Satz 2 befugt.

(6) Beim Führen von gefährlichen Hunden außerhalb des befriedeten Besitztums hat die den Hund führende Person die Erlaubnis oder eine Kopie mit sich zu führen und den zur Kontrolle befugten Dienstkräften auf Verlangen auszuhändigen.

§ 5
Pflichten

(1) Innerhalb eines befriedeten Besitztums sind gefährliche Hunde so zu halten, dass sie dieses gegen den Willen der Halterin oder des Halters nicht verlassen können.


(3) Die zuständige Behörde kann für gefährliche Hunde im Sinne des § 3 Abs. 2 auf Antrag eine Befreiung von der Verpflichtung nach Absatz 2 Satz 1 und Satz 3 erteilen, wenn die Halterin oder der Halter nachweist, dass eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist. Für die in § 11 Abs. 6 und § 2 Abs. 2 genannten Bereiche kann eine Befreiung von der Anleinpfllicht nicht erteilt werden. Der Nachweis ist durch eine Verhaltensprüfung bei einer für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörde zu erbringen. § 4 Abs. 4, 5 und 6 gelten entsprechend.
§ 8
Anzeige- und Mitteilungspflichten


(2) Wer einen gefährlichen Hund veräußert oder abgibt, hat der Erwerberin oder dem Erwerber mitzuteilen, dass er sich um einen solchen Hund handelt.

(3) Bei einem Wechsel des Haltungsortes unterrichtet die bisher zuständige Behörde die nunmehr zuständige Behörde über Feststellungen nach § 3 Abs. 3 sowie die Erteilung von Erlaubnissen und Befreiungen.

§ 9
Zucht-, Kreuzungs- und Handelsverbot, Unfruchtbarmachung

Zucht, Kreuzung und Handel mit gefährlichen Hunden im Sinne des § 3 Abs. 3 sind verboten. Die Halterin oder der Halter eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 hat sicherzustellen, dass eine Verpaarung des Hundes mit anderen Hunden nicht erfolgt. Die zuständige Behörde kann die Unfruchtbarmachung eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 anordnen, wenn gegen Satz 1 oder Satz 2 verstoßen wird.

§ 10
Hunde bestimmter Rassen

(1) Für den Umgang mit Hunden der Rassen Alano, American Bulldog, Bullmastiff, Mastiff, Mastino Espanol, Mastino Napoletano, Fila Brasileiro, Dogo Argentino, Rottweiler und Tosa Inu sowie deren Kreuzungen untereinander sowie mit anderen Hunden gelten § 4 mit Ausnahme von Absatz 2 und §§ 5 bis 8 entsprechend, soweit in Absatz 2 nichts Abweichendes bestimmt ist.
(2) Abweichend von § 5 Abs. 3 Satz 3 kann die Verhaltensprüfung auch von einer oder einem anerkannten Sachverständigen oder einer anerkannten sachverständigen Stelle durchgeführt werden.

(3) Abweichend von § 6 Abs. 2 kann die Sachkundebescheinigung auch von einer oder einem anerkannten Sachverständigen oder einer anerkannten sachverständigen Stelle erteilt werden.

§ 11
Große Hunde

(1) Die Haltung eines Hundes, der ausgewachsen eine Widerristhöhe von mindestens 40 cm oder ein Gewicht von mindestens 20 kg erreicht (großer Hund), ist der zuständigen Behörde von der Halterin oder vom Halter anzuzeigen.

(2) Große Hunde dürfen nur gehalten werden, wenn die Halterin oder der Halter die erforderliche Säckkunde und Zuverlässigkeit besitzt, den Hund fälschungssicher mit einem Mikrochip gekennzeichnet und für den Hund eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat und dies gegenüber der zuständigen Behörde nachweist. Die Art und Weise der Überprüfung der Zuverlässigkeit obliegt der zuständigen Behörde. § 5 Abs. 5 und § 6 Abs. 3 gelten entsprechend.

(3) Der Nachweis der Sachkunde kann auch durch die Sachkundebescheinigung einer oder eines anerkannten Sachverständigen, einer anerkannten sachverständigen Stelle oder von durch die Tierärztekammern benannten Tierärzten und Tierärzten erteilt werden.

(4) Als sachkundig zum Halten von Hunden gelten auch Personen, die seit mehr als drei Jahren vor Inkrafttreten dieses Gesetzes große Hunde halten, sofern es dabei zu keinen tierschutz- oder ordnungsbehördlich erfassten Vorkommnissen gekommen ist, und die dies der zuständigen Behörde schriftlich versichert haben.

(5) Die zuständige Behörde kann die Beantragung eines Führungszeugnisses zum Nachweis der Zuverlässigkeit anordnen, wenn Anhaltspunkte vorliegen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Halterin oder des Halters begründen.

(6) Große Hunde sind außerhalb eines befriedeten Besitztums auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen angeleint zu führen. § 5 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
Anhörung, Anregungen und Stellungnahmen der Bezirksvertretungen
Stellungnahme der Verwaltung hierzu

BV 1 – Innenstadt vom 07.11.02: Zustimmung
Die BV 1 bittet den Ausschuss Umweltschutz und Grün, die Nutzungsbeschränkung im Rheinpark nochmals zu überdenken.


BV 2 – Rodenkirchen vom 11.11.02: Zustimmung

BV 3 – Lindenthal vom 12.12.02: Zustimmung

BV 4 – Ehrenfeld vom 04.11.02: Zustimmung

BV 5 – Nippes vom 07.11.02: Zustimmung

BV 6 – Chorweiler vom 21.11.02: Zustimmung
Die BV fordert die Verwaltung auf, detaillierte Pläne, auf denen noch weitere Hundereinlaufflächen im Stadtbezirk VI aufgezeigt sind, vorzulegen.

Stellungnahme: Die Ausweisung von Hundereinlaufflächen im Stadtbezirk Chorweiler kann unabhängig von der weiteren Beschlussfassung über die Grünflächenordnung erfolgen; der der Beschlussvorlage beiliegende Plan der anzulegenden Hundereinlaufflächen ist nicht formeller Bestandteil der ordnungsbehördlichen Verordnung.

BV 7 – Porz vom 05.11.02: Ablehnung der Verwaltungsvorlage
Der Änderungsantrag, alle Grünflächen im Stadtbezirk Porz außer der Zündorfer Groov als Hundereinlaufflächen auszuweisen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Stellungnahme: Die Bezirksvertretungen haben nach § 37 Abs.5 Gemeindeordnung NRW ein Recht auf Anhörung sowie zur Abgabe von Stellungnahmen, Vorschlägen und Anregungen. Da den Bezirksvertretungen hiernach kein Entscheidungsrecht über Ratsvorlagen zusteht, ist die Ablehnung der Vorlage rechtlich irrelevant.
BV 8 – Kalk vom 07.11.02: Zustimmung
Das Fehlen mehrerer vorgesehener Hundetreiklauflächen im Plan wurde gerügt.

Stellungnahme: Der Plan der Hundetreiklauflächen wurde vervollständigt und liegt der Vorlage bei.

BV 9 – Mülheim vom 04.11.02: Zustimmung mit Änderungswünschen:

In § 8 Abs.3 (Spielverbote) wird eingefügt (Einfügung unterstrichen): „Abweichend von Abs. 1 sind Spiele im .... Rheinpark (ausgenommen der Parkteil des Rheinparks im Stadtteil 9 – bekannt als sogenannter Jugendpark) verboten.

In § 4 Abs. 2 (Übermäßiger Alkoholkonsum) wird eingefügt: „Die Grenze der Übermäßigkeit im Sinne dieser Verordnung richtet sich nach den Grenzwerten, die von Teilnehmern im Straßenverkehr zu beachten sind.”

Stellungnahme: Der Änderungswunsch zu § 8 Abs.3 – Spielverbote - dient der Klarstellung und Abgrenzung zwischen Rheinpark und Jugendpark und wird inhaltlich in die Verwaltungsvorlage übernommen.

Der Änderungswunsch zu § 4 Abs.2 – Alkoholkonsum - wird nicht übernommen. Anders als die Reaktionsfähigkeit im Straßenverkehr ist die Fähigkeit und der Wille zu kontrolliertem, angepasstem Allgemeinverhalten nicht von wissenschaftlich begründbaren festen Alkoholgrenzwerten abhängig. Der zuständige Außendienst der Bezirksordnungsämter verfügt nicht über Messgeräte zur Feststellung der Alkoholkonzentration. Die in der Verwaltungsvorlage enthaltene Verbotsregelung für „übertässigen Alkoholkonsum” entspricht wörtlich der Regelung der Kölner Straßenordnung, eine einheitliche Regelung in Straßenordnung und Grünflächenordnung erscheint sachgerecht.
Textfassung der Grünflächenordnung mit Änderungen im Verfahren:
Mit Tischvorlage vom 28.10.02 und Anregungen der Bezirksvertretungen

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung)

Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1, 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NW S. 528 / SGV NW 2060) und § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602) – jeweils in der bei Erlass dieser Verordnung geltenden Fassung - wird von der Stadt Köln als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Köln vom ......................... für das Gebiet der Stadt Köln folgende Verordnung erlassen:

§ 1
Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

1. Diese ordnungsbehördliche Verordnung gilt für alle öffentlichen Grünflächen im Besitz der Stadt Köln.
2. Öffentliche Grünflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle gärtnerisch gestalteten Anlagen, sowie die darin enthaltenen Wiesen, waldähnlichen Flächen oder sonstigen Freiflächen, die der aktiven oder stillen Erholung dienen und der Bevölkerung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt sind.
3. Zu den öffentlichen Grünflächen gehören darin liegende Wege und Plätze, nicht straßenrechtlich gewidmete Parkplätze und oberirdische Gewässer zweiter Ordnung sowie Vogelschauen und Wildparks, der Botanische und der Forstbotanische Garten, die am Rheinufer gelegenen Park- und Spielflächen in Rodenkirchen, die Zündorfer Groov, der Rheinpark und die Deutzer / Poller Wiesen von der Severinsbrücke bis zur Rodenkirchenbrücke.
5. Für in öffentlichen Grünflächen gelegene Spiel- und Bolzplätze gelten die Vorschriften der Spielplatzsatzung der Stadt Köln sowie ergänzend die Vorschriften dieser Verordnung.


§ 2
Widmung und Einziehung

1. Eine Fläche im Sinne des § 1 Abs.2 erhält die Eigenschaft und Zweckbestimmung als öffentliche Grünfläche durch Widmung. Die Widmung erfolgt nach der baulichen Fertigstellung und Übergabe an die Öffentlichkeit durch Aufnahme in das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen.


§ 3
Status, Verkehrssicherungspflicht

1. Die öffentlichen Grünflächen sind eine nichtrechtssfähige öffentliche Einrichtung der Stadt Köln.


§ 4
Nutzung der Anlagen

1. Öffentliche Grünflächen dürfen nur so genutzt werden, wie es sich aus der Natur der einzelnen Anlage und ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die Benutzung muss schonend erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, beschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbenutzer nicht gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt werden.

2. Untersagt ist auf öffentlichen Grünflächen
   - Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z.B. durch Rufen, Schreien, oder Erzeugen überlauter Geräusche
   - die Benutzung von Schleuder-, 'Wurf-, oder Schießgeräten sowie der Betrieb von Modellflugzeugen mit Ausnahme von ungefährlichem Kinderspielzeug;
   - das Entzünden oder Unterhalten von offenes Feuer;
- das Zelten und Nächtigen;
- übermäßiger Alkoholkonsum sowie jeglicher Drogenkonsum;
- aggressives Betten, z.B. mittels Anlassen, Festhalten, Versperren des Weges, aufdringlichen Ansprechens, Errichten von Hindernissen, bedrängender Verfolgung, Einsetzen von Hunden, des bedrängenden Zusammenwirkens mehrerer Personen;
- das Fahren oder Abstellen von Kraftfahrzeugen oder Kraftfahrzeuganhängern;
- das Reiten außerhalb der ausgewiesenen Reitwege.


§ 5
Besondere Nutzungsarten

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen kann für einzelne Grünflächen oder Anlagenteile Beschränkungen auf bestimmte Nutzungsarten, Nutzergruppen und Öffnungszeiten festlegen und die Benutzung durch Gebote und Verbote regeln.
3. Die öffentlichen Grünflächen, die besonderen Nutzungsarten und die speziellen Ge- und Verbote hieraus sind durch Schilde einheitlich zu kennzeichnen.

§ 6
Genehmigung von weitergehenden Nutzungen und Veranstaltungen

3. Die Folgenbeseitigung gilt als gesichert, wenn der Antragsteller bei der Genehmigungsbehörde vor Erteilung der Genehmigung Sicherheit durch Hinterlegung eines Geldbetrages in Höhe der zu erwartenden Kosten leistet oder eine entsprechende Bankbürgschaft beibringt..
4. Zuständige Behörde für die Erteilung von Genehmigungen ist das örtlich zuständige Bezirksordnungsamt, für die Erteilung von Drehgenehmigung für Film- und Fernsehproduktionen das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen. Für nicht nur temporäre Nutzungen, die dauerhafte Eingriffe im Sinne der §§ 4-6 Landschaftsgesetz NRW oder dauerhafte Verstöße gegen naturschutzrechtliche gesetzliche Verbote beinhalten, erfolgt die abschließende Entscheidung über die
Zulässigkeit durch den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Untere Landschaftsbehörde.

§ 7
Hunde

1. Hunde sind in öffentlichen Grünflächen so zu führen, dass andere Nutzer nicht gefährdet oder mehr als den Umständen nach unvermeidbar beeinträchtigt und die Anlagen nicht beschädigt werden. Zur Anleinführung für Hunde in Grünflächen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes NRW.


3. Ausgewiesene Hundefreilaufflächen dienen neben allgemeinen Erholungszwecken dem unangeleinten Auslauf von Hunden einschließlich großer Hunde gem. § 11 Landeshundegesetz (LHG) NRW mit Ausnahme von gefährlichen Hunden gem. § 3 LHG und Hunden bestimmter Rassen gem. § 10 LHG. Gefährliche Hunde und Hunde bestimmter Rassen mit Befreiung gem. § 5 Abs.3 LHG oder § 6 Abs.4 Landeshundeverordnung (LHVO) NRW sind zum unangeleinten Auslauf auf Hundefreilaufflächen zugelassen.


§ 8
Spiele


§ 9
Grillen
1. Grillen ist auf öffentlichen Grünflächen im Rahmen der Bestimmungen des Landes-Immissionsschutzgesetzes NRW erlaubt, soweit für andere Personen oder die Umgebung Brandgefahr oder erhebliche Belästigungen durch Rauch, Geruch oder Flugasche nicht zu befürchten sind.

§ 10
Baden, Betreten von Eisflächen

2. Das Betreten von zugefrorenen Gewässern erfolgt ausschließlich auf eigene Gefahr.

§ 11
Abfälle, Verunreinigungen und Verunstaltungen

2. Die im Rahmen der Grünflächennutzung anfallenden Abfälle sind in den aufgestellten Abfallbehältern, anfallende Wertstoffe sind in den aufgestellten Wertstoffcontainern zu entsorgen.
4. Es ist nicht gestattet, Grünflächen und ihre baulichen Anlagen unbefugt zu beschreiben, zu bekleben, zu besprühen, zu beschmieren sowie zu bemalen.

§ 12
Ordnungswidrigkeiten und Strafvorschriften
1. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung
1. entgegen § 4 Abs.1 Anpflanzungen oder Ausstattung beschmutzt oder
beschädigt oder Anlagenbenutzer gefährdet oder unzumutbar beeinträchtigt
2. entgegen § 4 Abs.2 HS.1 Lärm verursacht,
3. entgegen § 4 Abs.2 HS.2 Schleuder- Wurf- oder Schießgeräte benutzt
4. entgegen § 4 Abs.2 HS.3 offenes Feuer anzündet oder unterhält
5. entgegen § 4 Abs.2 HS.4 auf Grünflächen campiert oder nächtigt
6. entgegen § 4 Abs.2 HS.5 übermäßig Alkohol oder Drogen zu sich nimmt
7. entgegen § 4 Abs.2 HS.6 aggressiv bettet
8. entgegen § 4 Abs.2 HS.7 Grünflächen mit Kraftfahrzeugen oder
Kraftfahrzeuganhängern befährt oder diese abstellt
9. entgegen § 4 Abs.2 HS.8 außerhalb der ausgewiesenen Reitwege reitet
10. entgegen § 7 Abs. 1 durch einen seiner Aufsicht unterstehenden Hund andere
Nutzer gefährdet oder die Anlagen beschädigt oder einen Hund auf den in § 7
Abs.2 aufgeführten Flächen mitführt oder entgegen § 7 Abs.3 einen gefährlichen
Hund oder Hund bestimmter Rassen ohne vorgeschriebene Leine auf
Freilaufflächen ausführt oder entgegen § 7 Abs.4 eine Verunreinigung nicht
unverzüglich beseitigt
11. entgegen den Verboten des § 8 Abs.1 und 2 spielt
12. entgegen § 8 Abs.4 beim Befahren von Grünflächen auf andere Nutzer nicht
Rücksicht nimmt oder Wiesen oder Gartenanlagen befährt
13. entgegen den Verboten des § 9 Abs. 1 und 2 grüllt oder die in § 9 Abs. 4 und 5
genannten Pflichten nicht erfüllt.
14. entgegen § 10 Abs.1 außerhalb der ausgewiesenen Badestellen badet
15. entgegen § 11 Abs. Löfentliche Grünflächen verunreinigt, entgegen § 11
Abs.2 Abfälle verschwendung ablagert, entgegen § 11 Abs.3 Abfallbehälter
zweckwidrig benutzt oder entgegen § 11 Abs.4 Anlagen verunstaltet.
2. Verstöße i.S.d. Abs.1 können von der örtlichen Ordnungsbehörde nach den
Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) bis zu 1000.-€
geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen
oder Geldbußen bedroht sind.
3. Vorsätzliche rechtswidrige Beschädigungen oder Zerstörungen von Anlagen und
Einrichtungen der Grünflächen sind als gemeinschädliche Sachbeschädigung
nach § 304 des Strafgesetzbuches (StGB) strafbar.

§ 13
Übergangsvorschriften

1. Bestehende öffentliche Grünflächen gelten als gewidmet im Sinne des § 2, wenn
sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in den
Bestandsunterlagen als öffentliche Grünfläche geführt sind. Sie sind umgehend in
das Verzeichnis der öffentlichen Grünflächen einzutragen.
2. Die vorhandenen Schilder der bestehenden Grünanlagen gelten bis zu ihrer
Erneuerung als Kennzeichen im Sinne des § 5 Abs. 3.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt
Köln in Kraft..


Sie enthält alle Anlagen.

Bestellformulare finden sich in den Nummern 3 und 4 des GV. NRW. 1999, ebenso im Internet-Angebot.

Hinweis:
- Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW zur Verfügung.
- Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) werden auch im Internet angeboten. Die Adresse ist: http://sgv.im.nrw.de
§ 3 Gefährliche Hunde

(1) Gefährliche Hunde im Sinne dieses Gesetzes sind Hunde, deren Gefährlichkeit nach Absatz 2 vermutet oder nach Absatz 3 im Einzelfall festgestellt worden ist.


(3) Im Einzelfall gefährliche Hunde sind:

1. Hunde, die entgegen § 2 Abs. 3 mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität ausgebildet, gedrillt oder gekreuzt worden sind.
2. Hunde, mit denen eine Ausbildung zum Nachtier des Menschen, zum Schutzhund oder auf Zivilschärfe begonnen oder abgeschlossen worden ist.
3. Hunde, die einen Menschen gebissen haben, sofern dies nicht zur Verteidigung anlässlich einer strafwerten Handlung geschah.
4. Hunde, die einen Menschen in Gefahr drohender Weise angesprungen haben.
5. Hunde, die einen anderen Hund durch Biss verletzt haben, ohne selbst angegriffen worden zu sein, oder die einen anderen Hund trotz dessen erkennbarer tierischer Unterwerfungsgeste oder gebissen haben.

Die Feststellung der Gefährlichkeit nach Satz 1 erfolgt durch die zuständige Behörde nach Begutachtung durch den amtlichen Tierarzt.

§ 4 Erlaubnis

(1) Wer einen gefährlichen Hund hält oder halten will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn die den Antrag stellende Person:

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat,
2. die erforderliche Sachkunde (§ 6) und Zuverlässigkeit (§ 7) besitzt,
3. in der Lage ist, den Hund sicher an der Leine zu halten und zu führen (§ 5 Abs. 4 Satz 1),
4. sicherstellt, dass die Ausbildung, dem Ablichten oder dem Halten dienen, spezifischen Zuchtzwecken, Einrichtungen oder Prüfungen, oder ausschließlich für Erholungszwecke oder Unterhaltung geeignet ist, regelmäßige Unterbringung ermöglichen.
5. den Abschluss einer besonderen Haftpflichtversicherung (§ 5 Abs. 5) und
6. die fälschungsstabile Kennzeichnung des Hundes (Absatz 7) nachweist.

(2) Die Erlaubnis zum Halten eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 Abs. 2 oder des § 3 Abs. 3 Nr. 1 und 2 wird nur erteilt, wenn ein besonderes privates Interesse nachgewiesen wird oder ein öffentliches Interesse an der weiteren Haltung besteht. Ein besonderes privates Interesse kann vorliegen, wenn die Hal tung des gefährlichen Hundes zur Bewachung eines besonderen Interessens oder der Halterin oder des Halters unerläslich ist.

(3) Soweit es zur Prüfung der Voraussetzung nach Absatz 1 Nummer 4 erforderlich ist, hat die den Antrag stellen den Person den Bediensteten der zuständigen Behörde oder den amtlichen Tierarzt den Zutritt zu dem befriedeten Bestätigten in der zur gefährlichen Hunde gehalten wird oder gehalten werden soll, zu ermöglichen und die erforderlichen Feststellungen zu dulden.
§ 6 Sachkunde

(1) Die erforderliche Sachkunde (§ 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2) besitzt, wer über die Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, einen gefährlichen Hund so zu halten und zu führen, dass von diesem keine Gefahr für Leben oder Gesundheit von Menschen oder Tieren ausgeht.

(2) Der Nachweis der Sachkunde ist durch eine Sächkundebescheinigung des amtlichen Tierarztes zu erbringen.

(3) Als sachkundig nach Absatz 1 gelten
a) Tierärztinnen und Tierärzte sowie Inhaber einer Berufsanerkennung nach § 11 der Bundes-Tierärztekammerordnung,
b) Inhaber eines Jagdscheines oder Personen, die die Jägerprüfung mit Erfolg abgelegt haben,
c) Personen, die eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a oder b des Tierschutzgesetzes zur Zucht oder Haltung von Hunden oder zum Handel mit Hunden besitzen,
d) Polizeihundeschülerinnen und Polizeihundeführer,
e) Personen, die aufgrund einer Anerkennung nach § 10 Abs. 3 berechtigt sind, Sächkundebescheinigungen zu erteilen.

§ 7 Zuverlässigkeit

(1) Die erforderliche Zuverlässigkeit (§ 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3) besitzen in der Regel Personen nicht, die insbesondere wegen

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen ferner in der Regel Personen nicht, die insbesondere
2. wiederholt oder schwerverständlich gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstoßen haben,
3. auf Grund einer psychiatrischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung Betreute nach § 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind oder
4. trunksichtig oder rauschmittelabhängig sind.

(3) Zum Nachweis der Zuverlässigkeit hat die Halterin oder der Halter eines gefährlichen Hundes ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 50 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes zu beantragen. Unberücksichtigt bleibt die Befugnis der zuständigen Behörde, die nach
§ 8  Anzeige- und Mitteilungspflichten


(2) Wer einen gefährlichen Hund veräußert oder abgibt, hat der Erwerberin oder dem Erwerber mitzuteilen, dass es sich um einen solchen Hund handelt.

(3) Bei einem Wechsel des Haltungsortes unterrichtet die bisher zuständige Behörde die nunmehr zuständige Behörde innerhalb von drei Wochen nach § 3 Abs. 3 sowie die Ermittlung von Erlaubnissen und Befreiungen.


§ 9  Zucht-, Kreuzungs- und Handelsverbote, Unfruchtbarmachung

Zucht, Kreuzung und Handel mit gefährlichen Hunden im Sinne des § 3 Abs. 3 sind verboten. Die Halterin oder der Halter eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 hat sicherzustellen, dass eine Verpachtung des Hundes mit anderen Hunden nicht erfolgt. Die zuständige Behörde kann die Unfruchtbarmachung eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 3 anordnen, wenn gegen Satz 1 oder Satz 2 verstoßen wird.

§ 10  Hunde bestimmter Rassen

(1) Für den Umgang mit Hunden der Rassen Alano, American Bulldog, Bullmastiff, Mastiff, Mastino Español, Mastino Napolitano, Fila Brasileiro, Dogo Argentino, Rottweiler und Tosa Inu sowie deren Kreuzungen untereinander sowie mit anderen Hunden gelten § 4 im Aufsatz von Absatz 2 und die §§ 5 bis 8 entsprechend, soweit in Absatz 2 und 3 nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 5 Abs. 3 Satz 3 kann die Verhaltensprüfung auch von einer oder einem anerkannten Sachverständigen oder einer anerkannten sachverständigen Stelle durchgeführt werden. Abweichend von § 6 Abs. 2 kann die Sachverständigen derartige auch von einer oder einem anerkannten Sachverständigen oder einer anerkannten sachverständigen Stelle erteilt werden. Abweichend von § 6 Abs. 2 kann die Sachverständigen auch von einer oder einem anerkannten Sachverständigen oder einer anerkannten sachverständigen Stelle erteilt werden.

§ 11  Große Hunde

(1) Die Haltung eines Hundes, der ausgewachsen eine Widerristhöhe von mindestens 40 cm oder ein Gewicht von mindestens 20 kg erreicht (grob Hunde), ist der zuständigen Behörde von der Halterin oder vom Halter anzuzeigen.

(2) Große Hunde dürfen nur gehalten werden, wenn die Halterin oder der Halter die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit besitzt, den Hund fachämter kennzeichnet und eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat und dies genehmigt von der zuständigen Behörde nachweist. Die Art und Weise der Überprüfung der Zuverlässigkeit obliegt der zuständigen Behörde. § 4 Abs. 7, § 5 Abs. 5 und § 6 Abs. 3 gelten entsprechend.

(3) Der Nachweis der Sachkunde kann auch durch die Sachkundebezeichnung eines oder eines anerkannten Sachverständigen, einer anerkannten sachverständigen Stelle oder durch die Tierärztekammern benannten Tierärztinnen und Tierärzten erteilt werden.

(4) Als sachkundig zum Halten von Hunden gelten auch Personen, die vor in-Kraft-Treten des Gesetzes mehr als drei Jahre große Hunde gehalten haben, sofern es dabei zu keinen tierschutz- oder ordnungsbefehls- oder verkehrs- oder ortordnungsmäßigen Vorkommnissen gekommen ist, und die dies der zuständigen Behörde schriftlich versichert haben.

(5) Die zuständige Behörde kann die Beantragung eines Führungszugnisses nur nachweis der Zuverlässigkeit anordnen, wenn Anhaltspunkte vorliegen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Halterin oder des Haltes begründen.

(6) Große Hunde sind außerhalb eines befriedeten Besitztums innerhalb des zusammenhang behaarter Orts- teile auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen angeleit zu führen. § 5 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 12  Anordnungsbefugnisse

(1) Die zuständige Behörde kann die notwendigen Anordnungen treffen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit, insbesondere Ver- stöße gegen Vorschriften dieses Gesetzes, abzuwehren.

(2) Das Halten eines gefährlichen Hundes oder eines Hundes im Sinne des § 3 Abs. 3 ist unterlassen worden, wenn ein schwergewichtig Verstoß oder wiederholte Verstöße gegen Vorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes getroffener Anordnungen vorliegen, die Erlaubnisvoraussetzungen nicht erfüllt sind, eine erforderliche Erlaubnis nicht innerhalb einer behördlich bestimmten Frist beantragt oder eine Erlaubnis versagt wurde. Das Halten eines großen Hundes im Sinne des § 11 Abs. 1 kann untersagt werden, wenn ein schwerwiegender Verstoß oder wiederholte Verstöße gegen Vorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes getroffener Anordnungen vorliegen, die Haltungsvoraussetzungen nach § 11 Abs. 2 nicht erfüllt sind oder die Haltungsvoraussetzungen nicht innerhalb einer behördlich bestimmten Frist beantragt oder eine Erlaubnis versagt wurden. Das Halten eines großen Hundes im Sinne des § 11 Abs. 1 kann untersagt werden, wenn die zuständige Behörde nachweis der zuständigen Behörde nachgewiesen wurde. Mit der Untersagung kann die Untersagung einer künftigen Haltung gefährlicher Hunde, von Hunden im Sinne des § 10 Abs. 1 und § 11 Abs. 1 verbunden werden. In Fällen der Untersagung kann angeordnet werden, dass der Besitz der Halterin oder des Haltes entzogen wird und die geeignete Person oder Stelle abzubauen ist.

(3) Mit Zustimmung des amtlichen Tierarztes kann die Einschränkung eines zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren für Leben oder Gesundheit sichergestellten Hundes angeordnet werden, wenn im Falle seiner Verwertung im Sinne des § 45 Abs. 1 des Polizeigesetzes die Gründe, die zu seiner Sicherstellung berechtigten, fortbestehen oder erneut entstünden, oder wenn die Verwertung aus anderen Gründen nicht möglich ist.

§ 13  Zuständige Behörden

Zuständige Behörden im Sinne dieses Gesetzes sind die örtlichen Ordnungsbehörden, in deren Bezirk der Hund gehalten wird (Haltungsort). Die ihnen nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgaben übernehmen die Gemeinden als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahr.

§ 14  Anerkennung

von Entscheidungen und Bezeichnungen anderer Länder

Erlaubnisse, Befreiungen und Sachkundebezeichnungen, die von zuständigen Stellen anderer Länder
§ 15 Geltung des Ordnungsbehörden- und kommunalen Vorschriften
(1) Soweit dieses Gesetz oder nach diesem Gesetz erlassene ordnungsbehördliche Verordnungen nicht abweichend bestimmen, gelten die Vorschriften des Ordnungsbehörden- und kommunalen Gesetzes.

(2) Regelungen in ordnungsbehördlichen Verordnungen der örtlichen Ordnungsbehörden mit Bezug auf Hunde bleiben unberührt oder können darin neu aufgenommen werden, soweit diese Vorschriften zu diesem Gesetz oder zu den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen nicht in Widerspruch stehen.

§ 16 Ordnungsbehrödliche Verordnungen
(1) Die erforderlichen ordnungsbehördlichen Verordnungen zur Ausführung dieses Gesetzes erlaubt das für das Veterinärvesen zuständige Ministerium. Durch ordnungsbehördliche Verordnung können Bestimmungen getroffen werden über

1. die Inhalte und das Verfahren der Verhältnsprüfung nach § 5 Abs. 3 Satz 3,
2. die Anforderungen an die Sackkunde der Personen, die einen gefährlichen Hund, einen Hund im Sinne des § 10 Abs. 1 oder im Sinne des § 11 Abs. 1 halten wollen, sowohl über das Verfahren der Sackkundeprüfung,
3. die Voraussetzungen, das Verfahren und die Zuständigkeit für die Anerkennung der Sachverständigen und sachverständigen Stellen, die zur Erteilung einer Sackkundebescheinigung nach § 10 Abs. 3, § 11 Abs. 3 und die Durchführung einer Verhältnsprüfung nach § 10 Abs. 2 berichten,
4. die Anforderungen an Inhalte und Verfahren einer Sachkundeprüfung durch Sachverständige und sachverständige Stellen im Sinne von § 10 Abs. 3 und § 11 Abs. 3 und einer Verhältnsprüfung nach § 10 Abs. 2,
5. die für die zentrale Erfassung nach diesem Gesetz registrierte Hunde zuständigen Behörden sowie das Verfahren der Datenübermittlung.

§ 26 Abs. 3 des Ordnungsbehörden- und kommunalen Gesetzes gilt entsprechend.

(2) Das für das Veterinärvesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch ordnungsbehördliche Verordnung über die in § 3 Abs. 2 und § 10 Abs. 1 genannten Rassen hinaus weitere Rassen zu bestimmen, deren Haltung, Erziehung und Beaufsichtigung besondere Anforderungen zur Vermeidung von Gefahren für Menschen und Tiere erfordert. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 17 Ausnahmen von Anwendungsbereich

§ 18 Einschränkung von Grundrechten
Durch dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes können eingeschränkt werden
1. das Grundrecht der freien Berufsausübung (Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes),
2. das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes),
3. das Grundrecht auf Eigentum (Artikel 14 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes).

§ 19 Strafvorschrift
(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
1. Hunde auf Menschen oder Tiere hetzt,
2. entgegen § 2 Abs. 3 einen Hund mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität ausbildet.

(2) In der Entscheidung kann angeordnet werden, dass der Hund, auf den sich die Straftat bezieht, eingezogen wird; § 74a des Strafgesetzbuches ist anzuwenden.

§ 20 Ordnungswidrigkeiten
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
1. § 2 Abs. 1 einen Hund nicht so hält, führt oder
2. § 2 Abs. 2 Hunde nicht an der Leine führt,
3. § 4 Abs. 3 den Zutritt zu dem belasteten Besitztum nicht gestattet oder Feststellungen nicht duldet.
4. § 5 Abs. 1 gefährliche Hunde oder Hunde im Sinne des § 10 Abs. 1 nicht so hält, dass diese ein befriedetes Besitztum nicht gegen den Willen der Halterin oder des Hal ters verlassen können,
5. § 5 Abs. 2 Satz 1 gefährliche Hunde oder Hunde im Sinne des § 10 Abs. 1 nicht angeleint oder nicht an einer geeigneten Leine führt,
6. § 5 Abs. 2 Satz 2 gefährlichen Hunden oder Hunden im Sinne des § 10 Abs. 1 keinen Maulkorb oder eine in der Wirkung vergleichbare Vorrichtung anlegt.
7. § 5 Abs. 4 Satz 1 als Halterin oder Halter nicht in der Lage ist, einen gefährlichen Hund sicher an der Leine zu halten oder zu führen,
8. § 5 Abs. 4 Satz 2 als Aufsichtsperson einen gefährlichen Hund oder Hund im Sinne des § 10 Abs. 1 führt, ohne die Voraussetzungen dafür zu erfüllen,
9. § 5 Abs. 4 Satz 2 einen gefährlichen Hund einer Person überlässt, die die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 Satz 2 nicht erfüllt.
10. § 5 Abs. 4 Satz 4 gleichzeitig mehrere gefährliche Hunde führt.
11. § 5 Abs. 5 einen gefährlichen Hund oder einen Hund im Sinne des § 10 Abs. 1 hält, obwohl der für die Haltung des gefährlichen Hundes erforderliche Haftpflichtversicherungsvertrag nicht oder nicht mehr besteht,
12. § 5 Abs. 6 einen gefährlichen Hund oder einen Hund nach § 10 Abs. 1 an Personen abgibt, die nicht über die erforderliche Erlaubnis verfügen,
13. § 8 Abs. 1 oder 2 Anzeige- oder Mitteilungspflichten nicht erfüllt,
14. entgegen § 9 Satz 2 nicht sicherstellt, dass eine Verarbeitung seines gefährlichen Hundes nicht erfolgt,
15. § 10 Abs. 1 die danach maßgeblichen Anforderungen des § 8 Abs. 4 nicht beachtet,
16. § 11 Abs. 1 die Haltung von Hunden im Sinne dieser Vorschrift nicht anzeigt.
17. § 11 Abs. 2 Satz 1 einen Hund hält, ohne der zuständige Behörde die dort genannten Haltungs voraussetzungen nachgewiesen zu haben.
18. § 11 Abs. 6 einen großen Hund unangeleint führt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung zur Unfruchtbarmachung nach § 9 Satz 3 oder einer Anordnung nach § 12 zuwider handelt oder diese nicht befolgt.

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können mit einer Geldbuße bis zu 100.000 Euro geahndet werden.

(4) Hunde, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 oder Absatz 2 bezieht, können unter den Voraussetzungen des § 27 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eingezogen werden.

(5) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 38 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die zuständige Behörde im Sinne des § 12 dieses Gesetzes.

§ 21

Übergangsvorschriften


(2) Eine wirksame ordnungspolizeibehördliche Entscheidung nach § 6 Abs. 4 der LHV NRW zur Befreiung von der Maulkorbpflicht gilt als Befreiung nach § 5 Abs. 3 Satz 1 fort. § 5 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt.

(3) Eine Anzeige nach § 1 Abs. 2 der LHV NRW gilt als Anzeige nach § 11 Abs. 1 fort. Im Zusammenhang mit dem Vollzug der LHV NRW erbrachte Nachweise über die Kennzeichnung des Hundes, zur Sachkunde und Zuverlässigkeit sowie über das Vorliegen einer Haftpflichtversicherung für den Hund sind beim Vollzug dieses Gesetzes von den zuständigen Behörden anzuerkennen.

§ 22

Übersetzung der Auswirkungen des Gesetzes


§ 23

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten


(2) Abweichend von Absatz 1 tritt der § 4 für Hunde der Rassen Alano und American Bulldog sowie deren Kreuzungen unverändert und mit Hunden anderer Rassen oder Mixlings sechs Monate nach dem in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Zeitpunkt in Kraft.

Düsseldorf, den 16. Dezember 2002

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
(P. L. S.)
Der Ministerpräsident
Peer Steinbrück
Der Innenminister
Dr. Fritz Behrens
Der Justizminister
Wolfgang Gerhards
Die Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Bärbel Höhn
GV NRW. 2002 S. 653.


§ 1


§ 2


(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 2003 fallen werden Krediten zu deren Höhe sich aus Nr. 4.2 der Finanzierungsübersicht ergibt. Außerdem darf das Finanzministerium über die Ermächtigung nach Absatz 1 hinaus Kredite aufnehmen.

1. zur Anschlusfinanzierung vorzeitig getharren der Darlehen und
2. zur Anschlusfinanzierung im Haushaltsjahr 2002 aufgenommenen kurzfristigen Krediten, die im Haushaltsjahr 2003 fallen werden, sowie über die über der in Finanzierungsübersicht ausgewiesenen Beträge hinausgehen.

(3) Die Kreditermächtigung nach Absatz 1 erhöht sich ferner insoweit, als die Darlehen aus Mitteln des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Bundesanstalt für Arbeit und sonstiger Stellen die im Haushaltsplan vereinbarten Beträge überschreiten.

(4) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann das Finanzministerium auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungen sowie der Erteilung gunstiger Bedingungen und ähnlichen Zwecken in neuen Krediten und den bestehenden Schuldner dienen. Das Vertragsvolumen für das laufende Haushaltsjahr darf die Summe von 2.045.189.000 EUR nicht überschreiten. Auf diese Höchstgrenze werden zusätzliche Verträge nicht angerechnet, die Zinssätze aus bereits bestehenden Verträgen verringern über ganz ausschließen.

§ 2a

(1) Das Sondervermögen „Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen“ (BLB NRW) wird ermächtigt, zur Deckung der eigenfinanzierten Investitionen Kredite bis zur Höhe von 307.986.100 EUR aufzunehmen. Darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, dem BLB NRW für Investitionen, die nicht zu einer über
<table>
<thead>
<tr>
<th>Bezirksvertretung</th>
<th>Datum</th>
<th>Beschluss</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>07.11.2002</td>
<td>einstimmig</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>11.11.2003</td>
<td>einstimmig</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>12.12.2002</td>
<td>zugestimmt gegen FDP&lt;br&gt;Enth. Grüne</td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>04.11.2002</td>
<td>einstimmig</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td>07.11.2002</td>
<td>einstimmig</td>
</tr>
<tr>
<td>6</td>
<td>21.11.2002</td>
<td>zugestimmt gegen 4 Stimmen SPD&lt;br&gt;1 Enth. SPD</td>
</tr>
<tr>
<td>7</td>
<td>05.11.2002</td>
<td>abgelehnt (s. Anlage 3)</td>
</tr>
<tr>
<td>8</td>
<td>07.11.2002</td>
<td>Ergänzung (s. Anlage 3)</td>
</tr>
<tr>
<td>9</td>
<td>04.11.2002</td>
<td>Ergänzung (s. Anlage 3)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Punkt 5. Ortsrecht

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

5.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung)
Ds-Nr. 1093/002

Die beiliegende Anlage 7 bitte ich der bereits umgedruckten Beschlussvorlage hinzuzufügen.

Anlage 7

Abweichender Beschlussvorschlag des federführenden Fachausschusses

[Unterschrift: Dr. [Name], Anlage 7]

und Geam am 03.01.2003
Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Umweltschutz und Grün am 23.01.2003

Öffentliche Sitzung

4. Beschlussvorlagen

4.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung)
DS-Nr: 1093/002


SB Herr Dr. Albach regt an, die Hundefreilaufflächen, da sie noch nicht Bestandteil des Beschlusses seien, im Hinblick auf angrenzende (Klein-)Kinderspielplätze zu überarbeiten. Ihm sei zumindest eine Hundefreilauffläche, und zwar "Am Stammheimer Wäldchen", aufgefallen, die direkt an einen Kinderspielplatz grenze.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Umweltschutz und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Grünflächen der Stadt Köln (Grünflächenordnung) in der Fassung gemäß Anlage 5.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt.